

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, trug vor, dass es - zumindest von seiner Fraktion - umfangreiche Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu der Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises gebe. Es würde aber den Rahmen dieser Sitzung sprengen, diese als Tischvorlage vorzulegen. Er schlage deshalb vor, dass die Fraktionen zwar heute auf Wunsch Stellung zum Landesentwicklungsplan (LEP) beziehen können, die Beschlussfassung aber auf die Kreisausschuss-Sitzung vertagt werde, damit die anderen Fraktionen noch ausreichend Zeit haben, sich mit den Änderungsvorschlägen zu befassen. Es bestehe auch die Möglichkeit, sich in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe noch einmal mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Abg. Metz führte aus, die Stellungnahme der Verwaltung enthalte viele wichtige Punkte und sei eine gute Grundlage. Ein LEP sei sehr umfangreich und sorge für viel Diskussion. Die Staatskanzlei erwarte ca. 1.000 Stellungnahmen. Vor diesem Hintergrund halte er es für notwendig, dass der Rhein-Sieg-Kreis - einwohnermäßig einer der größten Kreise - seine Interessen sehr deutlich und im größtmöglichen Konsens artikuliere. Unterschiedliche Auffassungen könne es z.B. bei den Themen Windenergie und Flächenentwicklung geben. Insbesondere sollte in der Stellungnahme auch die Frage der Kiesabgrabung behandelt werden. Darüber hinaus müsse sehr genau überlegt werden, was die Festlegung des Flughafens Köln/Bonn als „landesbedeutsamer Flughafen“ für den Lärmschutz und die Nachtflugverbote bedeute. Seine Fraktion würde es sehr begrüßen, wenn die Änderungsvorschläge im Rahmen eines interfraktionellen Treffens konstruktiv diskutiert und dann in einer möglichst einstimmigen Stellungnahme festgehalten werden könnten.

Abg. Bausch schloss sich den grundsätzlichen Anmerkungen seines Vorredners an. Der Landesentwicklungsplan sei umfangreich und vielschichtig. Er formuliere immerhin 60 rechtsverbindliche Ziele, die sich auch auf die Aufstellung anderer Entwicklungspläne auswirken. Hinzu komme, dass von Seiten der Verwaltung eine Reihe von Anmerkungen - insbesondere aus dem Bereich des Tourismus, der für unsere Region sicherlich nicht unerheblich sei - zusätzlich aufgenommen worden seien. Heute eine Abstimmung in den Detailfragen zu erreichen, sei aus seiner Sicht nicht möglich. Er unterstütze deshalb den Verfahrensvorschlag des Vorsitzenden. Man sollte sich kurzfristig zusammensetzen, mit dem Ziel, eine möglichst einstimmige Stellungnahme zu erarbeiten. Die von der Staatskanzlei vorgegebene Abgabefrist ende am 28.02. Der Kreisausschuss müsse in seiner nächsten Sitzung am 10.02. entscheiden. Das bedeute, es müsste noch vorher ein Termin für eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gefunden werden.

Abg. Dr. Kuhlmann betonte, auch für seine Fraktion sei der LEP ein wichtiges Thema, über das man nicht in der heutigen Sitzung abschließend beraten könnte. Seine Fraktion habe ebenfalls noch Prüfungsbedarf. Eine „Reduzierung des Flächenverbrauchs“ sei sicherlich erstrebenswert, müsse aber mit Augenmaß vorgenommen werden. Zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rhein-Sieg-Kreis/NRW müssten auch zukünftig bei Bedarf Flächen- und Produktionserweiterungen vor Ort möglich sein. Auch der Bedarf an Flächen für die Landwirtschaft müsste berücksichtigt werden. Nach seiner Auffassung gehe die Stellungnahme auf diese Punkte nicht angemessen ein.

Abg. Albrecht stimmte den allgemeinen Bemerkungen seiner Vorredner zu. Er sehe ebenfalls Prioritäten beim Thema „Wirtschaftsstandort“. Auch Landwirtschaft sei für den Rhein-Sieg-Kreis ein wichtiges Thema, linksrheinisch insbesondere der Obstanbau. Im Bereich „Verkehr und Infrastruktur“ interessiere ihn, ob das Projekt „Merler Schleife“ weiterhin geplant sei. Bezogen auf die immer noch vorgesehene „Naafbachtalsperre“ bemerkte er, dass Talsperren nach der Wasserrechtsrahmenrichtlinie der EU gar nicht mehr unbedingt erwünscht seien.

Der Vorsitzende schlug auf Anregung der Verwaltung

**Montag, den 03.02.14, 15.30 Uhr**

als Termin zur Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme mit den Fachpolitikern der jeweiligen Fraktionen vor.

Der Termin wurde einvernehmlich angenommen.